



Region Hannover

Der Regionspräsident

Regionspräsident

► **Nr. 3292 (IV) AaA**

Hannover, 15. Juni 2020

Antwort auf Anfragen

öffentlich

Gremium	geplant für Sitzung am	Be-schluss		Abstimmung		
		Laut Vor-schlag	abwei-chend	Ja	Nein	Enthal-tung

Berufliche und familiäre Situation von Frauen in der Region Hannover

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Mai 2020

Sachverhalt:

Die aktuelle Corona Krise vergrößert die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Darauf weisen auch Gewerkschaften und 20 Frauenverbände in dem bundesweiten Aufruf „Wann, wenn nicht jetzt!“ hin. Um nur einige Themen zu nennen: Da Frauen auch jetzt den weitaus größeren Teil der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen, sind sie nicht nur mehrfach belastet, sondern auch in besonderem Maße von den Kita- und Schulschließungen betroffen. Das hat gravierende Auswirkungen auf ihre berufliche Situation.

Zahlen bestätigen zudem eine Zunahme von Häuslicher Gewalt aufgrund der krisenbedingten Ausgangsregelungen. Die Hilfestrukturen für diese Opfer sind derzeit massiv begrenzt. Außerdem erleben Frauen aktuell viele Einschränkungen in der Unterstützung bei Schwangerschaft und Geburt. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Regionsverwaltung:

1. Wie stellt sich die Lage der Frauen in Zeiten von Corona in der Region Hannover dar

a) in Bezug auf Hilfe bei häuslicher Gewalt

Antwort:

Bedingt durch die andauernden Einschränkungen des öffentlichen Lebens und die weitgehende Reduzierung des Tagesgeschehens auf die Häuslichkeit und möglicher finanzielle Nöte war mit Ausbruch des Virus in Deutschland laut Fachkreisen eine Zunahme der häuslichen Gewalt und damit ein temporärer zusätzlicher Bedarf an Schutzplätzen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kindern zu erwarten.

Nach Einschätzung der Frauenschutzhäuser in der Region Hannover war und ist ein vermehrtes Aufkommen von Aufnahmeanfragen aufgrund von häuslichen Gewaltsituationen weder von Frauen direkt noch über die Polizei oder andere Behörden feststellbar.

Trotz der besonderen Hygiene- und Infektionsvorschriften konnte der Betrieb der Frauenhäuser in der Region Hannover durchgängig aufrechterhalten werden. Da einige Frauenhäuser auf eine Doppelbelegung der Zimmer aus Infektionsschutzgründen verzichten mussten, war eine kurzfristige Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten angezeigt. Hierfür wurde zur Ergänzung der vorhandenen Platzkapazitäten ein weiteres Objekt in der Landeshauptstadt angemietet, wodurch 23 zusätzliche Schutzplätze geschaffen werden konnten (IDE 3189 (IV)). Die temporäre Einrichtung steht seit dem 3. April zur Verfügung und wird von "Frauenhaus.24" betrieben. Mit Stand vom 8. Juni haben darin acht Frauen und 13 Kinder Schutz gefunden.

b) in der Ausübung im Beruf

Antwort:

Aus Sicht der Koordinierungsstelle Frau und Beruf zeichnet sich eine enorme Belastung der berufstätigen Frauen und auch der Berufsrückkehrerinnen in der Region Hannover ab, die den Spagat zwischen Care-Arbeit, Homeschooling und Berufstätigkeit im Home-Office zwar unter Anstrengung bewältigen, aber gleichermaßen an ihre Belastungsgrenze kommen.

Die Berufsrückkehrerinnen stehen zudem vor der Herausforderung, dass viele Stellen aufgrund der unsicheren Situation (noch) nicht vakant sind und in vielen Berufssparten nicht absehbar ist, wann mit Neueinstellung gerechnet werden kann. Mangels verlässlicher Betreuung verfügen sie darüber hinaus über wenig zeitliche Ressourcen, um sich auf einen etwaigen Bewerbungsprozess einzulassen. Dies äußert sich auch in der Corona bedingten rückläufigen Beratungsnachfrage, die sich erst langsam wieder erholt. Vor allem wird aber mit Sorge beobachtet, mit welcher Selbstverständlichkeit Frauen zurück in veraltete Rollenbilder gedrängt werden. Erste Studien auf Bundesebene bestätigen diese Beobachtungen:

- WSI-Studie "Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt" (https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sinc_id=8906)."

- DIW-Bericht "Frauen in Corona-Krise stärker am Arbeitsmarkt betroffen als Männer" (https://www.diw.de/de/diw_01.c.789751.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0042/frauen_in_corona-krise_staerker_am_arbeitsmarkt_betroffen_als_maenner.html)

c) Frauengesundheit

Antwort:

Im Gesundheitsamt sind keine besonderen Umstände, die die Coronakrise in Bezug auf die Frauengesundheit auslöst, bekannt.

2. Durch „Corona“ aufgelegte Hilfsprogramme: Helfen sie Männern und Frauen gleichermaßen bzw wird hier Gender Budgeting im Blick behalten?

Antwort:

Mit dem Corona – Sozialfonds von Region und Landeshauptstadt Hannover werden Einzelfallhilfen von einmalig bis zu 1.500 Euro zum **Abfedern besonderer sozialer Härten** bei Kurzarbeitenden, Solo-Selbständigen, Freiberuflern oder Kleinunternehmenden sowie Arbeitslosen, die während Corona-Pandemie unmittelbar von einem individuellen Härtefall betroffen sind, zur Verfügung gestellt.

Der Fonds beläuft sich auf eine Gesamthöhe von 750.000 € (Anteil Region: 500.000 €, Landeshauptstadt: 250.000 €)

Ausdrücklich antragsberechtigt sind auch die geringfügig Beschäftigten, die Ihre Arbeit durch die Pandemie verloren haben. Da viele Frauen in solchen sog. Minijobs beschäftigt sind, wurde diese Gruppe der Arbeitnehmer*innen bewusst in den Adressatenkreis mit aufgenommen um Frauen nicht zu benachteiligen.

Da es sich aber ausdrücklich um Einzelfallhilfen handelt, die sich aus der jeweiligen besonderen atypischen Fallkonstellation ergeben, werden Antragsteller unabhängig ihres Geschlechtes gleichermaßen berücksichtigt. So profitieren Frauen und Männer bei Vorliegen einer Härtefallkonstellation letztlich gleichermaßen vom Sozialfonds.

Eine statistische Erhebung unter Berücksichtigung von Geschlechtern ist vorgesehen und wird eine entsprechende Evaluation möglich machen.“

3. Welche Handlungsmöglichkeiten sieht die Gleichstellungsbeauftragte bei der Region Hannover?

Antwort:

Aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten der Region Hannover wird in der Dynamik der Lage und des Tempos der Entscheidungen über die Situation von Frauen viel zu wenig debattiert. Dabei sind die Konsequenzen dramatisch: Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, geht davon aus, dass die durch Corona ausgelöste Krise alle bisherigen gleichstellungspolitischen Errungenschaften um mindestens 30 Jahre zurückwirft. Vielen Frauen droht der Rückfall in vermeintlich längst überkommene Rollenmuster. In einer Vielzahl von Bereichen steht zu erwarten, dass ihre Belange von

der Tagesordnung verschwinden, darüber hinaus muss von einer deutlichen Zunahme häuslicher Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder ausgegangen werden.

Dies gilt auch für die Lage der Frauen in der Region Hannover. Das gleichstellungs-politische Positionspapier „**Auswirkungen von Corona auf die Lage der Frauen**“ (s. Anlage 1 zu dieser DS) erläutert die veränderten Bedingungen und ihre Folgen für Frauen anhand der angefragten Themenfelder a, b und c. Außerdem werden die sich stetig verschlechternden Bedingungen für die politische Partizipation und Repräsentanz von Frauen in den Blick genommen.

Wie fragil die bisherigen gleichstellungspolitischen Errungenschaften in Krisenzeiten sind, wird auf vielen Ebenen diskutiert, auch in den Medien ist dieses Thema präsent. Um die Lage der Frauen in Zeiten von Corona zu verbessern und den erwarteten Backlash zu entschärfen, sind vor allem gleichstellungspolitische Aktivitäten auf europäischer ebenso wie Bundes- und Landesebene erforderlich. Entsprechende Forderungen sind zum Teil seit Jahrzehnten nicht oder nicht vollständig eingelöst, dabei ist ihre Umsetzung in Krisenzeiten nötiger denn je.

Als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie werden diese deshalb auf allen Ebenen vehement eingefordert. So hat sich bspw. „Woman20“ als offizielle Dialoggruppe der G20-Staaten für die Gleichstellung der Geschlechter aktuell mit entsprechenden Forderungen an die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs gerichtet. Am 29. April folgte der bundesweite Aufruf „Wann, wenn nicht jetzt“ von Frauenverbänden und Gewerkschaften, der sich an die Bundesregierung und die Arbeitgeberseite wendet. Diesem Aufruf hat sich auch die Arbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten in der Region Hannover angeschlossen (der Aufruf ist ebenfalls als Anlage beigefügt).

Zu der Frage der aufgelegten Hilfsprogramme (Helfen Sie Frauen und Männern gleichermaßen bzw. wird hier Gender Budgeting im Blick behalten?) nimmt die Gleichstellungsbeauftragte wie folgt Stellung:

Da Gender Budgeting als Instrument in der Region Hannover bislang nicht flächendeckend verankert ist, gibt es auch keinen vollständigen Überblick darüber, ob die Hilfsprogramme, die die Region Hannover zur Bewältigung der Corona Krise aufgelegt hat, Frauen und Männern gleichermaßen zu Gute kommen. Auch die Gleichstellungsbeauftragte wurde bislang unzureichend beteiligt, hier wird weiterer Handlungsbedarf gesehen. Es wurden aber einige Maßnahmen getroffen, die die Situation der Frauen unmittelbar betreffen: zum Beispiel die Erhöhung der Kapazitäten im Gewaltschutz, die finanzielle Absicherung der Arbeit der Frauenberatungsstellen und die Einrichtung einer Notbetreuung für Kinder von Beschäftigten der Region Hannover.

Zu der Frage, welche Handlungsmöglichkeiten die Gleichstellungsbeauftragte sieht, nimmt sie wie folgt Stellung:

Auch wenn sich viele gleichstellungspolitische Herausforderungen nicht auf der kommunalen Ebene lösen lassen – die negativen Auswirkungen sind insbesondere vor Ort deutlich spürbar. Anregungen, wie die Region Hannover zur Verbesserung der Lage für Frauen

beitragen kann, sind im Positionspapier der Gleichstellungsbeauftragten (Anlage 1) aufgeführt.

Anlage(n):